

# Für eine soziale Moderne

## 10. AHV-Revision: Die Gewerkschaften wollen keinen Rückschritt

■ VON SUSANNE LEUTENEGGER  
OBERHOLZER

Die SP als Fortschrittspartei – die Gewerkschaften als Ewiggestrige. Diesen einfachen Schluss hat Tobias Kästli aus dem Nein der Gewerkschaften zur 10. AHV-Revision gezogen (TA vom 6. Mai). Er forderte uns Gewerkschafterinnen auf, den Kampf gegen diese Revision einzustellen. Ein Nein sei ein Triumph der Modernisierungsgegner.

Die politische Realität sieht anders aus. Die politische Rechte tritt, soweit überblickbar, geschlossen für die Revision ein. Alle Modernisierungsgegner von Heinz Allenspach über Toni Bortoluzzi bis Christoph Blocher und Ernst Cincera sind vereint im Ja-Komitee vertreten.

Sie wissen warum. Was uns als Modernisierungsschritt verkauft werden soll, ist nüchtern betrachtet ein Schritt zurück. Verbunden mit der Rentenaltererhöhung führt diese 10. AHV-Revision zum grössten Sozialabbau der letzten Jahre. Splitting und Bonus sind der Zucker, mit dem wir Linke und Frauen in die Falle gelockt werden sollen. Und es ist der politischen Rechten gelungen, mit dem erpresserischen Paket sogar fortschrittliche Geister zu verwirren.

Dabei ist die Sachlage so unübersichtlich auch wieder nicht:

1. Die Linke will die Fortschritte der Revision ohne Erhöhung des Rentenalters. Es werden aber zwei verschiedene Taktiken vertreten: Die Gewerkschaften bekämpfen das höhere Rentenalter mit einem Nein. Die SP sagt mehrheitlich ja zur Revision und meint, später das Rentenalter wieder nach unten korrigieren zu können.

2. Die Wahl der richtigen Taktik ist keine Frage der Modernisierung, sondern ganz simpel des ökonomischen Kalküls:

- Das höhere AHV-Alter bringt Milliardenentlastungen bei der AHV. Deshalb wird das Rentenalter, wenn es einmal erhöht ist, kaum mehr nach unten zu korrigieren sein. Die Modernisierungsgegner und Wirtschaftsverbände werden mit einer Millionen- und Angstmacherpropaganda dafür sorgen.
- Splitting und Bonus verursachen dagegen kaum Mehrkosten, weil die Ehepaar-Zusatzrente abgeschafft wird. Zudem werden sie auch von den Bürgerlichen nicht bestritten.

Deshalb setzen wir Bonus und Splitting, weil sie weniger kosten, nach einem Nein einfacher wieder durch, als dass wir das Rentenalter bei einem Ja wieder nach unten korrigieren können.

3. Die Gewerkschaften wollen Splitting und Bonus, aber ohne Sozialabbau. Den Beweis dafür haben sie längst erbracht:

- Die Anfang-Initiative sichert Splitting und Bonus ohne Rentenaltererhöhung. Dafür haben die Ge-

werkschaften innert 6 Monaten fast 100 000 Unterschriften gesammelt.

● Wegbereiter einer modernen AHV ist die Ausbau-Initiative, die von den Gewerkschaften wesentlich mitgetragen worden ist. Sie bringt nicht nur Splitting und Bonus, sondern auch höhere AHV-Renten für alle sowie das flexible Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer ohne Rentenverluste.

Mit dieser 10. AHV-Revision droht uns der grösste gesellschaftspolitische Rückschritt der letzten Jahre. Dies gilt insbesondere für die Frauen.

Die Frauen bezahlen die ganze Revision und damit auch die Verbesserungen für die Männer. Wir Frauen verlieren zwei Jahre an Rentenleistungen. Wenn wir weiterhin mit 62 in Pension gehen wollen, werden uns gar drei Rentenhjahre weggenommen. Diese Revision bringt eine längere Lebensarbeitszeit statt der dringend nötigen Arbeitszeitverkürzung. Sie bringt ein flexibles Rentenalter mit Rentenkürzung, das sich nur die Reichen leisten können. Ausgerechnet all jene, die es am nötigsten hätten, werden davon ausgeschlossen.

Was uns als Modernisierung verkauft wird, ist der durchsichtige Versuch der Rechten, mit einer geschickten Taktik eine weitere unsoziale Umverteilung durchzusetzen. Die Gewerkschaften haben mit ihrem Nein das erpresserische Manöver der Bürgerlichen durchkreuzt. Notwendig ist eine AHV-Revision, die uns tatsächlich sozialen Fortschritt bringt.

Die Schweiz hat heute zwei grosse Probleme: die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit und die Tatsache, dass die Lohn- und Renteneinkommen weit hinter den Produktivitätssteigerungen zurückbleiben. Uns droht, so war auch im Wirtschaftsmagazin «Cash» zu lesen, die Gefahr einer deflatorischen Depression mit anhaltend hoher Erwerbslosigkeit. Eine Situation, die aus den dreissiger Jahren mit all den politischen und sozialen Folgen bekannt ist.

Die 10. AHV-Revision folgt mit dem Rentenabbau genau dieser Logik. Sie entspricht auch der neoliberalen Deregulierungsstrategie vieler Unternehmen in der Arbeitswelt, die uns als Modernisierung verkauft wird. Die Aushöhlung der Gesamtarbeitsverträge, sinkende Reallöhne und explodierende Gewinne sind die untragbare Folge. Ein weiterer Lohn- und Rentenabbau führt uns direkt in die wirtschaftliche und soziale Misere und politisch nach rechts. Eine Taktik, die uns statt Modernisierung sozialen und gesellschaftspolitischen Rückschritt bringt, ist für die Gewerkschaften das falsche Rezept. Sie führt uns zurück in den Manchesterliberalismus statt in eine soziale Moderne.

Susanne Leutenegger Oberholzer, Alt-Nationalrätin, Kanton Baselland, ist Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI).